FÜRACKER: BEHÖRDENVERLAGERUNG BRINGT ERFOLGREICH ARBEIT ZU DEN MENSCHEN – IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze für Amberg

23. Oktober 2017

Die Behördenverlagerung ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. 2015 begann die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte im Rahmen der Heimatstrategie. „Wir sind mit der Umsetzung der Behördenverlagerung voll auf Kurs. Wir bringen die Arbeit zu den Menschen. Das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz ist ein gelungenes Beispiel, hochqualifizierte Arbeitsplätze nach Amberg zu bringen“, stellte Finanz- und Heimatstaatssekretär Albert Füracker bei einem Besuch im IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz am Montag (23.10.) in Amberg fest. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit insgesamt 2225 Arbeits- und 930 Studienplätzen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Die Oberpfalz profitiert mit 374 Arbeitsplätzen. In Amberg nahm bereits das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz seinen Dienstbetrieb auf, die zentrale Stelle für die Entwicklung, den Betrieb und die Betreuung der Informationstechnik für die 15.000 Arbeitsplätze der Gerichte und Staatsanwaltschaften in der ordentlichen Gerichtsbarkeit Bayerns. „Ein Leuchtturmprojekt der bayerischen Justiz – die e-Justice“, hob Füracker hervor.

Füracker informierte bei seinem Besuch über Fortschritte bei der Behördenverlagerung für die Oberpfalz. Das Flächenmanagementverfahren für die langfristige Unterbringung ist bei 10 von 11 Projekten bereits abgeschlossen. Die Projekte konnten entweder in bereits vorhandenen staatlichen Immobilien, in Anmietungen vor Ort, in einem zu errichtenden Neubau oder einer noch zu erwerbenden Immobilie untergebracht werden. Um einen zügigen Personalaufbau vor Ort zu ermöglichen wurde bei einigen Verlagerungsprojekten auf eine Zwischenunterbringung zurückgegriffen. Fünf der elf Projekte, also fast die Hälfte, haben bereits mit insgesamt 96 Beschäftigten ihre Tätigkeit in der Oberpfalz aufgenommen: Neben dem IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz in Amberg sind dies die zentrale Grundbuchumschreibungsstelle des Grundbuchamts München in Oberviechtach, die Digitale Landkarten Bayern des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) in Windischeschenbach, das Zentrum Bayern, Familie und Soziales in Kemnath und die Geo-Datenbank Bayern des LDBV in Waldsassen. Bis Ende 2018 werden weitere zwei Behörden ihren Dienstbetrieb in der Oberpfalz aufnehmen: Das BayernLab – Regionales IT-Zentrum in Nabburg und die Zentrale Reiseservicestelle Bayern in Vohenstrauß.

Auch die übrigen Projekte in der Oberpfalz schreiten nach den Worten von Füracker voran. In Waldmünchen soll ein Neubau auf einem staatseigenen Grundstück für die Bearbeitungsstelle des Finanzamts Erlangen mit 21 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Endausbau entstehen. Die Finanzamtsaußenstelle in Bad Kötzting wird um insgesamt 20 Arbeitsplätze im Endausbau personell aufgestockt und soll in einem externen Bestandsgebäude nach Erwerb und erfolgter Sanierung untergebracht werden. Zur Verlagerung des Instituts für Frühpädagogik nach Amberg mit 34 Arbeitsplätzen im Endausbau ist in einem nächsten Schritt vom Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration das Fachkonzept zur Verlagerung fertigzustellen. Für die Unterbringung des Landesjugendamts in Schwandorf mit 20 Arbeitsplätzen im Endausbau wurde im September 2017 das Grundstück für den Neubau erworben.

„Die Staatsregierung steht zum Personalrahmenkonzept: Es gibt keine Zwangsversetzung an die neuen Zielorte. Der Personalaufbau erfolgt überwiegend durch Neueinstellungen von Beschäftigten aus der Region und unter Berücksichtigung der vorliegenden Versetzungswünsche. Es besteht ein großes Interesse an den qualifizierten Arbeitsplätzen in der Oberpfalz“, hob Füracker hervor. Für die elf Projekte lagen bis Ende September 2017 über 300 Bewerbungen und knapp 100 Versetzungswünsche vor. „Das beweist, dass die Staatsregierung Wort hält und wir die Verlagerungen gemeinsam mit den Menschen umsetzen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können. Attraktive Arbeitsplätze sind ein entscheidender Faktor, damit junge Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Wir wollen keine „Hauruck-Aktionen“, sondern einen organischen Verlagerungsprozess. Deshalb sieht das Konzept auch einen Zeitrahmen bis 2025 vor,“ erinnert Füracker. Die Umsetzung der Verlagerungen erfolgt durch die einzelnen Fachressorts.